



**Medienmitteilung
Brüssel, 15. Januar 2016**

Die WRK und kantonale Vertreter der Wirtschaft informieren sich in Brüssel über die Herausforderungen der schweizerischen Europapolitik

Die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) führte am Donnerstag und Freitag eine Informationsreise nach Brüssel durch, bei der sie von Vertretern von Arbeitgeberverbänden und der Wirtschaft ihrer Mitgliedskantone begleitet wurde. Die Gespräche gaben der Delegation einen detaillierten Einblick in die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative. Politische Fragen, welche die Kantone direkt betreffen, wurden ebenfalls angesprochen, so etwa in den Bereichen Bildung, Steuern oder interregionale Zusammenarbeit. Der Besuch in Brüssel bot den Teilnehmenden aber auch Gelegenheit, sich von hochrangigen europäischen Verantwortlichen über die grossen Aufgaben informieren zu lassen, mit denen sich die EU gegenwärtig konfrontiert sieht, vor allem was die Personenfreizügigkeit, den Migrationsdruck oder auch den Wirtschaftsaufschwung betrifft. Im Gegenzug konnten die Delegationsmitglieder ihren europäischen Gesprächspartnern einen vertieften Einblick in das föderalistische System der Schweiz vermitteln und sie nicht nur für die Rolle und Anliegen der Kantone in der Europapolitik, sondern auch für die Erwartungen der Wirtschaftskreise sensibilisieren. Die Vertreter der EU erläuterten den Besuchern aus der Schweiz auch ihre Bedenken hinsichtlich allfälliger einseitiger Änderungen unseres Landes im Bereich der Personenfreizügigkeit. Zum Abschluss der Reise fand ein Treffen mit dem Bundespräsidenten statt, der für Gespräche ebenfalls in Brüssel weilte.

Anlässlich ihrer dritten Informationsreise nach Brüssel lud die WRK Vertreterinnen und Vertreter von kantonalen Arbeitgeberorganisationen und Wirtschaftskreisen ein, sich der Delegation anzuschliessen. Damit setzte sie ein wichtiges Zeichen: Die Behörden und der Privatsektor sind gleichermaßen von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sowie den zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betroffen.

Bei ihrem Besuch erhielten die sieben Staats- und Regierungsräte und die elf Wirtschaftsvertreter einen Einblick, wie die Schweiz ihre Interessen in Brüssel vertritt. Die Treffen mit den europäischen Gesprächspartnern – Mitgliedern des Europaparlaments, Vertretern der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der Europäischen Kommission und des Ausschusses der Regionen (AdR) – ermöglichten den Teilnehmenden ein besseres Verständnis für die aktuellen Fragestellungen und Gegebenheiten in Europa, das sich mit einem Konjunkturrückgang, einem noch nie dagewesenen Migrationsdruck und sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert sieht. Personenfreizügigkeit, institutioneller Rahmen der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa, Unternehmensbesteuerung, wirtschaftlicher Aufschwung, Marktzugang, Forschung und Innovation, Bildung, namentlich Erasmus+, und Regionalpolitik: Das sind Themen, welche die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa dominieren. Die Umsetzung der sogenannten Masseneinwanderungsinitiative ebenso wie die bevorstehende Abstimmung über die Durchsetzungsinitiative wurden ebenfalls diskutiert. Die Vertreter der Westschweiz informierten ihre Gesprächspartner aber auch über den Schweizer Föderalismus und die in der Bundesverfassung verankerte Rolle der Kantone in der Aussenpolitik. Bezüglich der Personenfreizügigkeit liegt es den Kantonen am Herzen, globale Lösungen zu finden, die den spezifischen Bedürfnissen ihrer Wirtschaft entsprechen, ohne aber die Solidarität des föderalistischen Systems und die Beziehungen mit der EU – dem wichtigsten Wirtschaftspartner unseres Landes – zu gefährden.

Der Zufall wollte es, dass Bundespräsident Johann Schneider-Ammann am Freitag für ein Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, ebenfalls in Brüssel weilte. Die Delegation der WRK nutzte diese Gelegenheit für ein Gespräch mit dem Bundespräsidenten und informierte ihn nicht nur über die Ergebnisse ihres zweitägigen Besuchs, sondern auch über ihre

Bedenken hinsichtlich der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa sowie deren möglichen Folgen für die Wirtschaft ihrer Kantone.

Diese Reise ermöglichte ein besseres Verständnis der Herausforderungen im Zusammenhang mit den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, aber auch die Feststellung, dass die Stimmungslage in ganz Europa betrübt ist. Dies ist ein entscheidender Aspekt, damit die politischen Behörden und Wirtschaftskreise die Bevölkerung in voller Kenntnis der Sachlage informieren und ihre berechtigten Fragen beantworten können. Die Abstimmungen, die in der Schweiz in den kommenden Monaten anstehen, erfordern möglichst klare Informationen. Der Besuch der WRK in Brüssel trägt dazu bei und unterstreicht den Willen der Kantone, in der Europapolitik des Bundes als wichtige Partner mitzuwirken.

Weitere Auskünfte:

Alain Ribaux, Präsident der WRK, Staatsrat – +41 79 531 90 10